

Beschluss:

Die Ratsversammlung bittet die Verwaltung, das mit der Mitteilung vorgelegte Schreiben der Integrations-Staatssekretärin als Grundlage für eine Vereinbarung mit dem Land zu nutzen und unter Berücksichtigung folgender Eckpunkte abzuschließen:

- Der Zeitplan für die bereits vorgesehene Wohnbauentwicklung wird durch das Vorhaben des Landes nicht verändert
- Die Kapazität der LUK wird um maximal 200 erhöht
- Die Hindenburgkaserne wird langfristig als Standort für eine Landesunterkunft ausgeschlossen
- Grundstücksveräußerungen für die Zwecke der Landesunterkunft werden ausgeschlossen

Die Verwaltung legt zur kommenden Ratsversammlung einen Lageplan und den Vereinbarungstext vor.